

Meinungsfreiheit härter bestraft als Verbrechen | Juan Branco (Anwalt von Nathalie Yamb)

Kann eine Schwarze Liste ein Gericht ersetzen? Kann ein Reiseverbot Europa in einen Käfig verwandeln? Ich spreche mit Dr. Juan Branco, französisch-spanischer Anwalt und Aktivist, der Julian Assange beraten hat und nun Nathalie Yamb verteidigt, um die EU-Sanktionen von Vermögenseinfrierungen bis hin zur Sprachkontrolle nachzuverfolgen. -- Entschuldigung für die abgehackte Verbindung. Die Aufnahme hatte technische Probleme. Links: Juan Branco auf X: <https://x.com/anatolium> Neutrality Studies Substack: <https://pascallottaz.substack.com> (Optional: Akademischen Bereich in den Profileinstellungen aktivieren: <https://pascallottaz.substack.com/s/academic>) Merch & Spenden: <https://neutralitystudies-shop.fourthwall.com> Zeitmarken: 00:00:00 Einführung 00:01:04 Wie betrachten Sie die EU-Sanktionen? 00:05:29 Wie verstehen Sie dieses System? 00:17:19 Wie kann man das Recht nutzen, um gegen solch offensichtliche Ungerechtigkeiten und Rechtsbrüche vorzugehen? 00:34:24 Könnte der Europäische Gerichtshof genutzt werden, um die gesamte Praxis für ungültig zu erklären? 00:39:58 Was ist Ihr kurzfristiger Handlungsplan? 00:44:23 Schlussfolgerung

#Pascal

Willkommen zurück, alle zusammen. Hier ist Pascal Lottaz von *Neutrality Studies*, und heute habe ich Dr. Juan Branco zu Gast. Juan Branco ist ein französisch-spanischer Anwalt und Aktivist, der unter anderem Julian Assange während seiner Prozesse beraten hat und derzeit meine Landsfrau Nathalie Jamp in Fragen des EU-Sanktionsregimes berät. Heute wollen wir erneut über die Sanktionen sprechen – was sie für die Menschen bedeuten, die unter diesem Regime stehen, und was sie uns über die Rechtsstaatlichkeit in Europa sagen. Juan, willkommen.

#Juan Branco

Vielen Dank, Pascal, für die Einladung.

#Pascal

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit dafür genommen haben. Sie gehören zu den Menschen, die sich immer wieder eingesetzt und das Recht genutzt haben – soweit ich weiß, als praktizierende*r Anwält*in –, um Menschen zu helfen, die verfolgt werden, um es so auszudrücken. Können Sie mir sagen, wie Sie die EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU, betrachten?

#Juan Branco

Ja, wir hatten einen faszinierenden Fall mit Nathalie Yamb, die, soweit ich mich erinnere, eine Intellektuelle ist – eine afrikanische Intellektuelle, eine Schweizerisch-Kamerunerin –, die seit mehr als 20 Jahren die Fortdauer von „France-Afrique“ anprangert, also die Verflechtung zwischen französischen Interessen und Eliten, die sich auf dem afrikanischen Kontinent an den dortigen Ressourcen bereichern. Sie ist in diesem politischen Engagement sehr konsequent gewesen. Vor einigen Jahren hielt sie in Sotschi eine sehr bekannte Rede, in der sie dieses Machtsystem erneut anprangerte und erklärte, dass Afrika unabhängig bleiben werde, koste es, was es wolle, dass man jedoch jede Art von Verbündeten willkommen heiße – einschließlich Russlands –, sofern diese Verbündeten Afrika respektierten und es als gleichberechtigt behandelten.

Dies löste seitens der französischen Behörden unter Emmanuel Macrons Regierung eine Wut gegen Nathalie Yamb aus. Sie wurde sofort als Hauptperson ins Visier genommen, die es zu vernichten galt, und diente als Rechtfertigung für das Scheitern ihrer Politik in Afrika. Dies führte zu einer Reihe rechtlicher Maßnahmen, darunter ein *interdiction d'entrée sur le territoire français* – sie wurde mit einem Einreiseverbot für französisches Staatsgebiet belegt. Einige Jahre später, erst vor wenigen Monaten, folgte eine Entscheidung der Europäischen Union, die ihr die Einreise in das EU-Gebiet oder sogar den Überflug untersagte und selbstverständlich die Beschlagnahmung all ihrer Vermögenswerte anordnete. Die einzige Verbindung, die man schließlich zwischen Nathalie und Russland fand, bestand darin, dass sie an einer Konferenz in Berlin teilgenommen hatte, bei der auch mehrere europäische und deutsche Abgeordnete anwesend waren.

Und diese Konferenz wurde offenbar von einer NGO finanziert, die ihrerseits von bewaffneten Gruppen namens Wagner finanziert wurde. Sie nutzten also diese sehr kleine, winzige – nicht einmal eine Verbindung, sondern eher eine lose Beziehung zu einem bestimmten Zeitpunkt –, die Nathalie keinerlei Ressourcen einbrachte, da sie für die Teilnahme an dieser Konferenz nicht bezahlt wurde, um diese außergewöhnlich gewaltsamen Maßnahmen zu rechtfertigen. Diese Maßnahmen wurden nicht nach irgendeinem rechtlichen Standard oder etwas, das wir normalerweise mit dem Rechtsstaat verbinden, ergriffen. Zum Beispiel gab es kein kontradiktorisches Verfahren im Vorfeld, weil man der Ansicht war, dass der Überraschungseffekt entscheidend sei – was man verstehen könnte, wenn es um die Beschlagnahmung von Vermögenswerten ginge, insbesondere von großen Unternehmen im militärischen Bereich oder von Oligarchen. Das könnte man vielleicht nachvollziehen, denn Geld kann sich natürlich sehr schnell bewegen.

Aber zunächst geht es um eine Intellektuelle, die nichts anderes getan hat, als ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu nutzen – und, was noch wichtiger ist, um eine Intellektuelle, die mit physischen Maßnahmen – mit Zwangsmaßnahmen – ins Visier genommen wird, weil sie nicht in ihr Heimatland zurückkehren kann. Das ist tatsächlich das Neue an diesem Fall. Die Neuheit ist zweifach: Erstens die Tatsache, dass sie nicht in die Schweiz zurückkehren kann, weil die Schweiz vom Gebiet der Europäischen Union umschlossen ist. Und das, so denke ich, ist etwas, das die

europäischen Behörden nicht vorhergesehen oder verstanden haben, dass es zu einem großen rechtlichen Problem werden würde. Und zweitens, dass sie ausschließlich wegen ihrer Worte ins Visier genommen wird – nicht, weil sie irgendein direktes oder indirektes Interesse am Krieg in der Ukraine oder an Machtstrukturen in der Nähe von Wladimir Putin hätte, zum Beispiel.

#Pascal

Darf ich Sie trotzdem fragen – wir haben inzwischen mehrere solcher Fälle. Ein zweiter ist der ehemalige Schweizer Oberst Jacques Beau, der sich tatsächlich in Brüssel aufhielt und nun ebenfalls dort festsitzt. Denn wenn man auf der Sanktionsliste steht, ist es verboten, die Grenzen der Mitgliedstaaten zu überschreiten. Wir haben auch einen deutschen Staatsbürger, Hussein Dogru, innerhalb Deutschlands. Wie verstehen Sie also dieses System? Und glauben Sie, dass es langfristig Bestand haben wird? Wird es weiterhin möglich sein, Menschen so zu behandeln?

#Juan Branco

Ja, wir heißen also Jacques Beau in diesem Kampf willkommen, auch wenn es von seiner Seite nicht ganz freiwillig war, denn er hat diesen Maßnahmen, die bis dahin mehr oder weniger akzeptiert worden waren, mehr Sichtbarkeit verschafft. Ich muss sagen, dass die Schweizer Behörden die Sanktionen gegen Nathalie Youn nicht umgesetzt haben, ganz offensichtlich, weil sie keinen Sinn ergaben. Bis vor einigen Jahren war es fast automatisch – die Schweiz setzte jede von der EU gegen eine Person im Zusammenhang mit Russland verhängte Sanktion sofort um. Doch sie haben sich allmählich davon distanziert und keinerlei Unterstützung mehr geleistet.

Ich muss sagen, es war ziemlich peinlich, denn Nathalie Youn befand sich in einem fremden Land, als sie von den Sanktionen erfuhr. Sie war also dort festgesetzt, ohne eine Möglichkeit, Lösungen für ihr Überleben zu finden, einfach weil ihre Vermögenswerte eingefroren wurden, während sie gleichzeitig ein Reiseverbot erhielt. Und man muss verstehen, dass diese Sanktionen weit über die bloße Möglichkeit hinausgehen, in das eigene Land zurückzukehren. Zum Beispiel wird jedes Unternehmen, das in der EU tätig ist, vorsorglich jegliche wirtschaftliche Interaktion mit ihr einstellen, um sich selbst vor möglichen Sanktionen zu schützen.

Ich glaube nicht, dass diese... Ich meine, es gibt mehrere Möglichkeiten. Entweder wird dieses System verallgemeinert – da wir wissen, dass die Urheber solcher Strukturen die Vereinigten Staaten waren, mit ihren Sanktionen und Sperrlisten – oder, wenn wir sie weiterhin so nachahmen wie bisher und andere Länder anfangen, uns zu imitieren, werden wir bald eine Welt haben, die nicht mehr funktionsfähig ist. Jedes Land wird seine eigene Sanktionsliste haben, und jedes Unternehmen wird zum Beispiel Angst haben, mit X oder Y zu handeln, weil diese Person in irgendeinem Land sanktioniert ist.

Und daher kann es passieren, dass man selbst sanktioniert wird, wenn man mit dieser Person Handel treibt. Das ist zum Beispiel einer französischen Bank, BNP Paribas, vor einigen Jahren passiert. Sie

sah sich mit milliardenschweren Sanktionen der USA konfrontiert, weil sie weiterhin Geschäfte mit einem iranischen Unternehmen gemacht hatte. Und da sie in ihren anderen Aktivitäten in US-Dollar handelten, fielen sie unter die US-Gerichtsbarkeit und mussten eine der höchsten jemals in solchen Fällen verhängten Geldstrafen zahlen. Wir wissen also, dass dies strukturell ein Machtmissbrauch ist – so, wie diese Instrumente konstruiert sind. Ich spreche hier allgemein.

Ich meine, in individuellen Begriffen ist es außerordentlich gewaltsam, weil – wie ich schon sagte – es keine Vorwarnung und keine Möglichkeit gibt, die Entscheidung zu überdenken, bevor sie getroffen wird. Also kann man dann, wie wir es getan haben, zum Europäischen Gerichtshof und zu den allgemeinen Gerichten gehen, die vier Monate gebraucht haben, nur um zu entscheiden, ob es sich um einen dringenden Fall handelt oder nicht – und sie entschieden, dass es keiner sei. Das ist also sehr interessant: Wenn die Beschlagnahmung sämtlicher Vermögenswerte einer Person und die Verhinderung ihrer Rückkehr in ihr eigenes Land nicht als dringende Angelegenheit für ein Gericht gilt, was ist dann eine dringende Angelegenheit? Wenn man etwas breiter auf die Rechtsprechung des Gerichts der Europäischen Union und anschließend des Gerichtshofs der Europäischen Union blickt, erkennt man, dass die Aufhebung von Sanktionen nahezu nicht vorkommt.

Sie haben vielleicht etwa zehn Beispiele von Tausenden sanktionierten Personen, und all diese Verfahren wurden eingeleitet, um zu versuchen, die Sanktionen aufzuheben. Die europäischen Gerichte betrachten dies nicht als eine Angelegenheit, die in ihre Zuständigkeit fällt. Sie sehen es als Teil der Ausübung der natürlichen Souveränität eines Staates in seinen internationalen Beziehungen und behandeln es daher nicht als Frage der Menschenrechte oder individuellen Rechte – obwohl es das eindeutig ist. Sie haben nur eine sehr begrenzte Kontrolle über sehr kleine Aspekte, zum Beispiel in Fällen offensichtlichen Missbrauchs, etwa wenn es eine Namensverwechslung gibt und zwei Personen durcheinandergebracht werden. Dann kann es schließlich zu einer Art Überprüfung kommen.

Und das Ironischste daran ist, dass, wenn man eine Kontrolle hat, die Europäische Union und der Rat der Europäischen Union meist beschließen, neue Sanktionen aus leicht unterschiedlichen Gründen zu verhängen, noch bevor die vorherigen aufgehoben wurden. Die betroffene Person muss also den gesamten Rechtsweg erneut durchlaufen, was bis zu zwei oder drei Jahren dauern kann, wenn man die Berufungszeit einrechnet – was das System in der Praxis zu einem leeren Rechtsrahmen und zu einer faktischen Unmöglichkeit macht, es anzufechten.

#Pascal

Und wir haben solche Fälle, richtig, in denen Einzelpersonen tatsächlich ihren Fall vor dem Europäischen Gerichtshof gewonnen haben, und sie wurden fast sofort mit einer leicht geänderten Begründung wieder auf die Liste gesetzt. Dann begann das Ganze von vorne, und sie stehen immer noch unter Sanktionen.

#Juan Branco

Ich kenne nur ein paar Fälle, in denen das nicht passiert ist, und ironischerweise war es zum Beispiel der Sohn eines Oligarchen, dem es gelungen ist, das System zu umgehen, bei dem Sanktionen einfach wieder eingeführt werden, sobald sie von einem Tribunal aufgehoben wurden. Das ist etwas, das ich bereits vor Gericht vorgebracht habe – dass man nicht so tun kann, als gäbe es eine gerichtliche Kontrolle, weil sie natürlich dieses tautologische Argument haben, wonach es in Ordnung sei, dass Sanktionen keine vorherige kontradiktoriale Phase haben, da ja angeblich eine gerichtliche Kontrolle im Nachhinein stattfindet. Und dann sagt man ihnen, dass es in Wirklichkeit keine gerichtliche Kontrolle gibt, wissen Sie. So geraten wir in eine Argumentation, in der wir letztlich sogar die Legitimität des Gerichts und die Ausübung seiner Befugnisse infrage stellen.

Natürlich wird es dadurch sehr schwierig und intensiv. Die Auseinandersetzungen, die wir geführt haben, sind manchmal härter, sowohl mit dem Gericht als auch mit dem Konzept der Europäischen Union, weil wir im Grunde genommen – ja, im Grunde genommen stellen wir den Daseinszweck dieser gerichtlichen Überprüfung infrage und versuchen, sie an ihre Grenzen zu bringen, um ihnen klarzumachen, dass es sich um ein System handelt, in dem man keine Chance hat zu gewinnen, wenn man sich wie ein normaler Mensch verhält. Und andererseits versuchen wir, ihnen diese neuen Elemente aus diesem speziellen Fall näherzubringen, den, wie du gesagt hast, Jadubo verfolgt hat, aber es ist wirklich das erste Mal, dass man allein dafür, dass man etwas gesagt oder geschrieben hat, mit rechtlichen Sanktionen konfrontiert werden kann, die tatsächlich deutlich schwerer wiegen als die meisten Strafen, selbst in Strafsachen.

Wenn man sich die durchschnittlichen Sanktionen ansieht, die man in einem Strafverfahren in Europa erhält, sind sie deutlich milder – meist kürzer in der Dauer und mit geringerer Wirkung, weil die meisten ohne Vollstreckung verhängt werden. Man bekommt eine Art symbolische Verurteilung, aber man kommt tatsächlich nicht ins Gefängnis oder etwas Vergleichbares. Hier hingegen gibt es eine tatsächliche, faktische Sanktion, die die eigene Fähigkeit, als wirtschaftlich handelnde Person zu überleben, einschränkt und die Rückkehr zur Familie, zur Arbeit oder zum Wohnort unmöglich macht. Das ist der erste Punkt. Und der zweite betrifft die Länge und Dauer dieser Sanktionen. Sie ist außergewöhnlich lang. Es gibt Fälle, in denen Sanktionen über mehr als zehn Jahre hinweg verlängert wurden.

Und so befindet man sich in einer Situation, in der man einer unbefristeten Sanktion ausgesetzt ist, die in ihrer Wirkung einer strafrechtlichen Sanktion ähnelt – oder manchmal sogar schlimmer ist. Es gibt keine Vorhersehbarkeit, und das ist ebenfalls ein wichtiges Problem. Wenn man von einem Gericht verurteilt wird, weiß man, wofür man verurteilt wurde: eine einjährige Strafe, eine zweijährige Haftstrafe oder Hausarrest. Hier hingegen ist unvorhersehbar, wie lange es dauern wird. Es kann so lange verlängert werden, wie es der Rat der Europäischen Union beschließt, und das erzeugt ebenfalls Angst und eine andere Form von Gewalt, die in mancher Hinsicht schlimmer ist als das, was in einem Strafverfahren geschieht.

#Pascal

Und natürlich...

#Juan Branco

Ja, tut mir leid, man wird nicht gehört. Ich meine, man kann einen Anwalt beauftragen, wenn man es irgendwie schafft, das Geld aufzutreiben und ihn trotz dieser Umstände zu bezahlen. Aber dieser Anwalt wird deinen Fall erst Monate oder sogar mehr als ein Jahr, nachdem du ihn eingereicht hast, vorbringen können. Ich meine, das ist völlig absurd. Absolut.

#Pascal

Also, ich meine, das Regime selbst ist absurd. Und leider habe ich von Leuten mit einem Hintergrund im Völkerrecht tatsächlich gehört, dass sie sagen: „Oh nein, das ist schon in Ordnung, denn niemand sollte jemals das Recht haben, den Aggressor in einem Angriffskrieg zu verteidigen.“ Und da der Europäische Gerichtshof für diese Fälle zuständig ist, sagen sie, es gebe ein gerichtliches Verfahren, also kein Problem – solange alles in Ordnung ist. Aber alles ist doch nicht in Ordnung, oder? Das ist eine Anordnung einer Exekutivbehörde, die enorme Auswirkungen auf die Menschenrechte der Betroffenen hat. Und niemand ist sicher, denn sie haben nicht einmal ein Verbrechen begangen. Sie haben etwas getan, das nach den Statuten der Europäischen Union nie als Verbrechen definiert wurde. Wie können wir das Recht einsetzen, um gegen solch offensichtliche Ungerechtigkeiten und diesen, ich würde sagen, Zusammenbruch der Rechtsordnung vorzugehen?

#Juan Branco

Das Thema der Definition ist tatsächlich ein interessantes, weil es all diese sehr langen Texte gibt, die als Grundlage für diese Sanktionen dienen. Und sie sind in einer Sprache verfasst, die für eine normale Person völlig unverständlich ist – all dieses Brüsseler Fachjargon, der selbst für Juristen kaum nachvollziehbar ist. Ich meine, man verbringt Stunden damit, nur herauszufinden, welche Bestimmung verwendet wurde, um die eigenen Mandanten zu sanktionieren. Es gibt all diese sehr spezifischen Kategorien, die miteinander vermischt werden, um eine Begründung für die endgültige Entscheidung zu konstruieren, aber das führt, selbst rein sprachlich, zu Sätzen, die schwer zu verstehen sind oder im normalen Sprachgebrauch gar keinen Sinn ergeben. Es ist einfach ein Durcheinander verschiedener Kategorien, die verwendet werden, um all diese Ergebnisse – nehme ich an – der Verhandlungen zwischen den 27 Ländern der Europäischen Union und ihren Behörden irgendwie zusammenzufügen.

Und wir hatten einige heftige Auseinandersetzungen mit dem Gericht und dem Rat der Europäischen Union darüber – über den Mangel an Transparenz, das fehlende Verständnis dafür, was sie manchmal tatsächlich meinten, und auf welche Bestimmung sie sich bezogen, als sie versuchten, die Sanktion gegen Natalie zu rechtfertigen. Und das ist ein Problem, weil sie diese umfangreichen Texte mitten im, sagen wir, Ukraine–Russland-Krieg verabschiedeten. Da gibt es all diese Emotionen über das, was geschieht – die Angst, den Mediendruck und so weiter. Und dann schaffen sie all diese

Möglichkeiten für die Ausweitung willkürlicher Entscheidungen und für die Erweiterung der Zuständigkeit des Rates der Europäischen Union gegenüber seinen eigenen Bürgern, was außergerichtlich ist. Ich denke, das ist der Begriff, den wir uns für diese Art von Maßnahme merken sollten.

Es handelt sich um außergerichtliche Sanktionen, die natürlich einige politische Ziele verfolgen. Zum Beispiel war es im Fall von Nathalie Young Frankreich, das sie dem Rat der Europäischen Union vorgeschlagen hat. Tatsächlich bat der Rat der Europäischen Union irgendwann das Gericht darum, Frankreich zu gestatten, in dem Fall zu intervenieren, weil er selbst keine Argumente hatte, um seine Entscheidung zu verteidigen. Das ist eine weitere fantastische Situation in diesem kafkaesken System. Aus irgendeinem Grund beschlossen sie, dass sie, um eine Art Legitimität aufzubauen – um ihren Fall zu untermauern –, ausschließlich Open-Source-Beweise verwenden könnten. Wenn man also mit der Entscheidung konfrontiert wird, ist es eine dreizeilige Entscheidung, verfasst in diesem Brüsseler, völlig unverständlichen Amtsdeutsch.

Also musst du alle Texte durchgehen. Und dann, wenn du an den Rat der Europäischen Union schreibst, bittest du um die Belege, die das stützen, was sie in ihrer Entscheidung angegeben haben. Dann schicken sie dir diese Akte, und diese Akte ist das, was diskutiert wird und als Argumentation des Rates vor dem Gericht der Europäischen Union dient. Sie schicken dir ein Paket von etwa 15 bis 25 Artikeln – Presseberichte oder Veröffentlichungen von Thinktanks –, die im Grunde alle gegenseitig voneinander abschreiben, wie das ja oft vorkommt. In diesem Fall ist es also so, dass, äh, Nathalie – ein Artikel sagt, Nathalie Young war auf dieser Konferenz in Berlin, und tatsächlich wird vermutet, dass diese Konferenz von einer NGO finanziert wurde, die wiederum von BATNA finanziert wurde. Okay, das ist der Ausgangspunkt.

Und dann gibt es zehn Artikel, die entweder darüber kommentieren oder diese Informationen wiederverwenden, ohne weitere Elemente hinzuzufügen. Also hat man diese dokumentarische Grundlage – so nennen sie es – eine Beweisakte, die dann mit all dem gefüllt wird... Das ist auch ein sehr interessanter Punkt. Die meisten Veröffentlichungen werden von Thinktanks erstellt, die entweder direkt oder indirekt von der NATO finanziert werden, die kein Teil der Institutionen der Europäischen Union ist. Sie ist den EU-Institutionen ebenso fremd wie, ich weiß nicht, jede andere Institution – ein System der Machtsorganisation. Und so hat man eine militärische Organisation, die tatsächlich einer der Hauptakteure im aktuellen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland ist, in dem – ich muss an diese sehr einfache Tatsache erinnern, die jedoch von den meisten vergessen zu sein scheint – wir heute nicht im Krieg mit Russland stehen, und kein Land der Europäischen Union befindet sich heute im Krieg mit Russland.

Also erfinden sie dieses Konzept des hybriden Krieges, um Maßnahmen zu rechtfertigen, die unter einem Kriegssystem oder in einer Kriegssituation legitimiert werden könnten. Und das steht tatsächlich im Text – in den Vorschriften, die gegen Personen wie Nathalie Ambits angewendet werden – sie versuchen zu definieren, was hybrider Krieg ist und was Maßnahmen des hybriden Krieges sind. Im Grunde kann alles, sogar ein Tweet, als Akt des hybriden Krieges eingestuft

werden, was in diesem Text kein Krieg ist und somit die Sanktionen legitimieren kann. Sie weiten diese Kategorisierungen so sehr aus, dass man am Ende ... nun ja, dass man am Ende darüber diskutiert, was, ich weiß nicht, der Atlantic Council oder ein Blogbeitrag sagt. Genau das ist es. Ich spreche hier nicht von intensiver Forschung einer Gruppe von fünfzehn Wissenschaftlern aus Oxford, Cambridge, Tokio, bla, bla, bla, die sich zusammentun würden, um daran zu arbeiten.

Nein, es ist einfach so – vielleicht ein Postdoc, ein Masterstudent oder jemand in der Art, der einen Blogbeitrag für den Atlantic Council geschrieben hat, in dem etwas gegen Nathalie Young steht. Und zack, sie schicken ihn dir und sagen: „Darauf haben wir unsere Entscheidung gestützt, sie zu sanktionieren.“ Und wenn du ihnen sagst: „Ich meine, ich kann niemanden gegen Hörensagen verteidigen. Ihr müsst mir echte Beweise geben, dass etwas passiert ist, nicht nur, was jemand sagt, dass jemand anderes gesagt hat“, antworten sie: „Nein, nein, das können wir nicht tun, weil das die Rechte von Nathalie Young verletzen würde.“ Denn im Grunde sind die europäischen Außenminister – also diejenigen, die entscheiden, wer auf die Sanktionsliste kommt oder nicht – keine Justizbehörden, sie haben also keine Anklagebefugnis. Aber du siehst, wie kafkaesk das alles ist...

#Pascal

Das ist ziemlich verrückt. Man entzieht diesen Menschen im Grunde ihre grundlegenden Menschenrechte – und das auf der Grundlage einiger frei zugänglicher Artikel im Internet. Der Grund, warum man das anstelle von tatsächlichem Material aus beispielsweise einem Strafverfahren oder ordentlicher Forschung verwendet, ist, dass man kein rechtliches Anrecht darauf hat – denn man weiß ja, dass sie keine Straftat begangen haben – also kann man nur das verwenden, was öffentlich ist. Und dann dreht man sich um und sagt: „Oh, wir müssen die Datenschutzrechte schützen“, um damit die Menschenrechte abzuschaffen.

#Juan Branco

Wir können als Außenminister keinen Zugang zu einem Gerichtsverfahren haben, denn es ist nun einmal geheim – es wird durch all diese nationalen Bestimmungen geschützt, was tatsächlich stimmt. Und natürlich, wie soll man etwas widerlegen, das aus einem Bericht des DGSE oder des DGSI stammt? In ihrer absurden Welt gibt es also eine gewisse Kohärenz und Rationalität, so zu handeln. Aber das Ergebnis ist, dass man nur Misstrauen erzeugt und es in gewisser Weise noch verstärkt, indem man all diese Entscheidungen auf Gerüchten aufbaut. Wissen Sie, es ist wie ein autotelisches System, in dem man am Ende jemanden für etwas verurteilt, das nur Hörensagen war, ohne ihr irgendeine Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen.

Denn wenn man ihr die Möglichkeit gegeben hätte, sich zu verteidigen, hätte man ihre Rechte geachtet. Und wenn man das als Jurist betrachtet, denkt man sich: Okay, das wird kompliziert. Also versuche ich, dem Obersten Gerichtshof zu erklären, dass dies nicht ihr Denksystem ist. Ich meine, es ist überhaupt nicht vereinbar mit den grundlegenden, fundamentalen Menschenrechtsschutzbestimmungen, die in den Verträgen, aber auch in der Europäischen

Menschenrechtskonvention und so weiter enthalten sind. Aber es ist für ein solches Gericht sehr schwierig zuzugeben, dass es im Grunde genommen Leben zerstört und damit gegen das verstößt, was es eigentlich schützen soll. Also... das alles ist, auch menschlich gesehen, sehr schwierig vorzutragen.

Also haben Nathalie oder Jacques Beau erneut den Vorteil, dass sie nicht dämonisiert werden können, insofern sie keinerlei direkte oder indirekte Verwicklung in den bewaffneten Konflikt haben. Es besteht also keine Möglichkeit, dass die Richter ihnen gegenüber eine Art Vorurteil hegen. Sie sind keine Oligarchen mit Milliarden von Euro, Dollar oder Rubel, denn schon das allein schafft bei den Richtern eine Voreingenommenheit – etwa: „Oh, er ist so reich, er ist kein Europäer, also können wir ihn sanktionieren, das ist nicht so schlimm.“ Nein, hier haben wir zum ersten Mal ganz normale Bürger mit begrenzten Mitteln, die lediglich ihre Meinung geäußert haben und deren Rechte weit stärker beeinträchtigt werden, als es bei den Rechten eines Oligarchen der Fall wäre.

Und ich spreche von Oligarchen, aber ich meine, all diese Gründe – worauf es letztlich hinausläuft, wie du weißt – ist natürlich die Terrorismusgesetzgebung, richtig? Dieser ganze „Krieg gegen den Terror“, der Anfang der 2000er Jahre begonnen wurde. Und wieder, für diese Art von Menschen – sagen wir, jemanden im Jemen – du bist ein europäischer Richter aus Brüssel oder Straßburg oder Luxemburg, in diesem Fall, und es ist dir ziemlich egal, was mit ihm passieren wird. Für dich ist er kein Mensch. Nathalie hat diesen Unterschied in der Behandlung gespürt, weil sie ebenfalls Afrikanerin war. Sie hatte das Gefühl, dass ihr Fall nicht so viel Aufmerksamkeit erhielt wie der von Jacques Beau und dass ihr gegenüber eine gewisse Gleichgültigkeit herrschte. Sie wurde nicht als vollständig Schweizerin betrachtet; es gab immer noch diese implizite Annahme und rassistische Perspektive.

Aber jetzt, da auch Jacques Beau sanktioniert wird, hoffen wir, dass es nicht nur in Europa, sondern auch in der Schweiz eine Debatte geben wird, weil es für die Schweiz zu einer Frage der Souveränität wird. Ich hatte heftige Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Diensten der Eidgenossenschaft. Sie sagte ihnen – versuchte, an ihren Stolz zu appellieren, um eine Reaktion zu provozieren –: „Ihr müsst euch klarmachen, wie sich das ausweiten wird. Ihr lasst zu, dass einige eurer Bürger ihre grundlegenden Menschenrechte verlieren. Ihr müsst eingreifen.“ Zum Beispiel dachte ich im Fall von Nathalie, es wäre selbstverständlich, dass man ihr eine Art diplomatischen Schutz gewährt.

Sie befindet sich im Ausland, kann nicht fliegen, wird von einer ausländischen Instanz ins Visier genommen und ihre grundlegenden Menschenrechte werden verletzt. Wir haben uns außerdem auf das Barcelona-Übereinkommen über das Recht auf Transit sowie auf den Schutz des Rückkehrrechts berufen – all diese grundlegenden Instrumente, die plötzlich nicht mehr so wichtig zu sein scheinen. Denn es gibt dieses große Ziel, das ebenfalls irgendwie unbestimmt ist, da wir uns nicht direkt im Krieg befinden. Wieder einmal gibt es also diese Verunreinigung, die außerordentlich beunruhigend

und gefährlich ist, und sie führt uns auch vor Augen, dass unser Glaube an ein positives Verhältnis zum Recht – etwas, das wir für strukturell im westlichen Raum hielten – nicht zutrifft. Ich weiß nicht, ob es das jemals war, aber seit Langem ist es das nicht mehr.

Und was ich dir vorhin erzählt habe, darüber, wie der Mangel an konkreten Beweisen genutzt wird, um die Entscheidungen gegen Nathalie zu rechtfertigen – das ist eine direkte Folge der Ausweitung richterlicher Willkür im Krieg gegen den Terror. In Frankreich gibt es immer mehr Fälle, in denen jemand nicht auf Grundlage der im Gericht vorgelegten Beweise beurteilt wird, sondern auf Basis dessen, was die Geheimdienste über diese Person gesagt haben, gestützt auf Elemente, die außerhalb der gerichtlichen Kontrolle gesammelt wurden. Dann flüstern sie den Richtern zu und sagen ihnen, diese Person dürfe das Gefängnis nicht verlassen oder müsse verurteilt werden, weil sie gefährlich sei. Und sie sagen: „Wir können diese Beweise nicht vor Gericht bringen, weil wir unsere Quellen schützen müssen“ – und so weiter.

Aber wir denken das immer noch. Und es gibt all diese Reihen von phantasmatischen Fällen, die sich in Frankreich entwickelt haben. Und wieder war es uns egal, weil es sich um extrem gewalttätige Muslime oder Menschen aus – ich weiß nicht – irgendeiner anderen Herkunft handelte. Die Bürger fühlten sich also nicht bedroht oder direkt von dieser Art der Ausweitung betroffen. Was wir sehen werden, ist, dass sich mit der Ausdehnung des Kriegshorizonts und dem Schwinden der Legitimität unserer Machtstrukturen immer mehr dieser Mechanismen gegen legitime Formen der Meinungsfreiheit und gegen gewöhnliche Bürger richten werden, um sie zum Schweigen zu bringen oder einzuschüchtern.

Ich weiß nicht, ob es bei dir genauso ist, aber ich finde, es ist natürlich – und ehrlich – zu sagen, dass mich das in gewisser Weise gehemmt hat. Ich war vorsichtig, wenn es darum ging, mit russischen Medien, russischen Wissenschaftlern, russischen Juristen, einschließlich Menschenrechtsexperten und -anwälten, zu sprechen, wegen der möglichen Konsequenzen, die schon ein einfacher Kontakt mit ihnen auslösen könnte. Diese Hemmung findet also bereits statt. Heute betrifft es Russland; morgen könnte es jedes andere Land sein. Das müssen wir berücksichtigen.

#Pascal

Die Absicht hinter den Sanktionen gegen Einzelpersonen, einschließlich jener, die innerhalb der EU oder in Teilen des Schengen-Raums wie der Schweiz leben, ist sehr klar. Das deutsche Außenministerium sagte als Antwort auf eine Journalistenfrage ganz offen: „Sehen Sie, jeder, der ein Propagandist oder ein Freund Russlands ist, sollte jetzt zweimal darüber nachdenken, was er tut.“ Das wird als Einschüchterungsinstrument eingesetzt. Es ist einfach schockierend, dass so etwas innerhalb der Europäischen Union möglich ist – dass es möglich ist, alle rechtlichen Schutzmechanismen auszuschalten, die EU-Bürger eigentlich haben sollten. Abgesehen davon, dass dieses Instrument seit Jahren genutzt wird, um gegen Menschen außerhalb der EU und gegen Menschenrechtsaktivisten in Afrika und anderswo vorzugehen – das ist schon schlimm genug. Aber

jetzt richtet es sich nach innen. Das reißt dem System wirklich die Maske vom Gesicht. Wie könnte also der Rechtsweg genutzt werden? Könnte der Europäische Gerichtshof eingesetzt werden, um die gesamte Praxis für ungültig zu erklären? Ist das im Moment Ihr Ziel?

#Juan Branco

Ja, natürlich. Ich meine, genau deshalb hat Nathalie darauf vertraut, den Fall vor Gericht zu bringen – um zu sehen, ob sie die Sanktionen aufheben würden. Denn diese Situation ist so tragisch, dass man, ich meine, über das ganze Prinzip der Sanktionen diskutieren kann, ob sie positiv oder negativ sind. Ich halte es für eine Katastrophe. Und ich denke, die Europäer werden teuer dafür bezahlen, weil andere Länder nicht untätig bleiben werden. Irgendwann werden sie anfangen, ähnliche Systeme einzuführen – nicht nur aus Vergeltung, sondern auch einfach, weil sie denken werden, dass es ein gutes Instrument ist. Und ich glaube, wir werden dadurch eine gewisse Anarchie in der Welt schaffen. Aber abgesehen davon – und auch abgesehen von der Frage, ich meine, warum Russland?

Warum nicht Israel? Warum nicht? Sie wissen, was ich meine – einfache Fragen. Warum konzentrieren Sie sich auf ein Land, das nicht direkt im Krieg mit Ihrer Entität steht? Das ist ebenfalls eine Frage. Dann gibt es all diese spezifischen Elemente, die ich in Nathalies Fall beschrieben habe und die uns optimistisch stimmten in Bezug auf die Tatsache, dass, wenn es einen Fall gab, der vor diesem Gericht gewonnen werden konnte, es Nathalie Youngs Fall war. Wissen Sie, wenn es eine Chance gab, dieses rechtliche System für ungültig zu erklären – oder zumindest eine Grenze dafür zu setzen, was unter diesem Rechtsregime getan werden kann –, dann war es dieser Fall: eine Nicht-EU-Bürgerin, die in einem Enklavenstaat innerhalb der EU lebt, für die grundlegende Menschenrechte, wie das Rückkehrrecht – das Recht, in das eigene Land zurückzukehren – von dieser Bestimmung betroffen sind.

Und die Tatsache ist, ich meine, wenn man eine solche Entscheidung auf der Grundlage der Meinungsfreiheit trifft – ihrer Nutzung oder ihres Missbrauchs –, dann braucht man natürlich ein besonders schützendes Regelwerk. Diese beiden Elemente zusammen führten uns dazu, vor Gericht das Argument vorzubringen, dass es sich nicht um dieselben Sanktionen handelte, die bis dahin verhängt worden waren, sondern um eine neue Art von Regelung, die – weil sie die grundlegenden Menschenrechte von Nathalie Young betraf, anders als die anderen, das ist die Rechtsprechung des Gerichts – im Grunde eine kontradiktoriale Phase vor ihrer Verhängung erfordert hätte. Ihr hätten bestimmte Rechte gewährt werden müssen, die verletzt wurden, und daher sollten die Sanktionen auch aus verfahrensrechtlichen Gründen aufgehoben werden, nicht nur in der Sache selbst.

Also, ich denke, wir haben recht. Ich denke, wir haben vollkommen recht. Und ich glaube, wenn wir das verlieren, öffnen wir einen Weg für Missbrauch, den später wieder zu schließen sehr, sehr schwierig sein wird. Wir haben gespürt, dass sie sich mit der Situation unwohl fühlen, und ich denke, deshalb haben sich ihre Auseinandersetzungen verschärft. Denn, ich meine, ihre rechtliche Grundlage ist sehr schwach. Es ist für sie sehr kompliziert, sich selbst und diese Handlung zu

legitimieren. Ihre Grundlage für den Austausch von Beweismitteln ist im Grunde nicht vorhanden. Also, wir werden sehen. Wir werden sehen, wie die Reaktion ausfällt, wenn sie aus Stolz weiter Druck machen.

Zum Beispiel wurden die mesures provisoires – also die Maßnahmen, die beantragt wurden, um vor der endgültigen Entscheidung die Sanktionen vorübergehend aufzuheben – auf sehr merkwürdige Weise vom Präsidenten des Gerichts der Europäischen Union abgelehnt. Daher haben wir den Fall vor das höhere Gericht, in die Berufung, gebracht. Wir sind zuversichtlich, dass es eine für uns günstige Entscheidung geben wird, aber sie wird wahrscheinlich acht bis zehn Monate nach der ursprünglichen Einreichung erfolgen. Und das nur, um vorläufige Maßnahmen zu erhalten. Man kann sich also vorstellen, wie langwierig das gesamte Verfahren ist.

Und man kann normale Bürger nicht so lange einer derartigen Einschränkung ihrer Grundrechte aussetzen, ohne ernsthafte gerichtliche Kontrolle. Das ist absurd. Und das Gericht ist nicht darauf ausgelegt, schnell zu reagieren. Daher gibt es diesen Widerspruch, der jetzt strukturell schwer zu bewältigen ist – wie das Gericht funktioniert. Es ist nicht dafür gedacht, wie nationale Gerichte zu handeln, die dich entweder sofort verurteilen oder im Gegenteil sicherstellen können, dass du freigelassen wirst, wenn du zu Unrecht festgehalten wurdest. Diese Strukturen sind darauf ausgelegt, komplexe, sehr langwierige Fälle zu bearbeiten, nicht, um mit solchen dringenden Situationen umzugehen. Das ist also ein weiteres Problem.

#Pascal

Also, abschließend, in den letzten zwei oder drei Minuten: Wie sieht Ihr kurzfristiger Aktionsplan aus? Ich meine, Ihr Plan ist es, mit dem Europäischen Gerichtshof zusammenzuarbeiten und nicht, sagen wir, vor ein Menschenrechtsgericht zu gehen.

#Juan Branco

Das kannst du nicht – nun ja, das ist ja die Ironie, oder? Du kannst die europäischen Institutionen nicht vor die Konvention bringen. Ich meine, ja, du kannst dich in deinen rechtlichen Verfahren vor europäischen Gerichten auf die Bestimmungen und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte berufen, aber du kannst keine EU-Institution vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. Du bist also an diese Einschränkung gebunden. Es gibt seit Jahren Diskussionen darüber, dies zu ermöglichen und ein Abkommen zwischen dem Europarat und der Europäischen Union zu unterzeichnen, um es möglich zu machen, aber derzeit ist das nicht der Fall. Ich meine, du kannst dich natürlich an die Vereinten Nationen wenden, wie Emmanuel Macron gesagt hat.

Und was dann? Ich meine, was würde das Nathalie bringen? Welche Art von günstiger Entscheidung oder positivem Effekt würde man langfristig – oder sogar kurzfristig – erzielen? Gar keinen. Wir können also all diese Anstrengungen unternehmen, und vielleicht schaffen wir es gemeinsam, aber

wir müssen auch akzeptieren, dass wir uns in einer historischen Phase befinden, in der die gesamte Weltordnung seit der Zeit nach 1945 zusammenbricht. Diese Institutionen, die ohnehin schon strukturell schwach waren und Schwierigkeiten hatten, irgendeine Wirkung zu entfalten, sind jetzt – ich würde nicht sagen dem Untergang geweiht, aber weit davon entfernt sind sie nicht. Und ich denke nicht, dass wir viel Vertrauen oder Mühe darauf verwenden sollten, sie wiederzubeleben oder zu legitimieren, indem wir tatsächlich zu ihnen gehen.

Ich denke, wir müssen akzeptieren, dass wir in dieser Welt immer einsamer werden. Und leider können wir nur durch das Machtgleichgewicht versuchen, etwas zu verändern. Es geht also um direkte Eingriffe gegen staatliche Behörden, darum, die öffentliche Meinung auf diese Art von Entscheidungen und die von ihren Behörden begangenen Missbräuche aufmerksam zu machen. Ich muss auch darauf hinweisen, dass die französische Behörde, die diesen Fall vor den Rat der Europäischen Union gebracht und den Rat dazu gedrängt hat, diese Entscheidung zu treffen, aus liberal-demokratischer Sicht nicht besonders legitim ist.

Ich meine, der Außenminister ist Mitglied einer Partei, die bei den letzten Wahlen zu den kleinsten Minderheitsparteien gehörte. Aber weil dies das institutionelle System in Frankreich ist, hat er unter der Entscheidung von Emmanuel Macron geschafft, dort eine Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten und durchzusetzen. Man hat also eine Minderheitsregierung im eigenen Land, die Menschen sanktioniert, die nicht einmal Teil der Machtstruktur sind, die sie sanktioniert, und dabei extraterritoriale Auswirkungen in der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegen einen Schweizer Bürger auslöst. Das ist absurd, gefährlich und vielleicht auch eine historische Lehre: Je schwächer die Mächte sind, desto gefährlicher werden sie, denn je weniger sie an die Achtung der Rechtsstaatlichkeit – und an Regeln im Allgemeinen – gebunden sind, desto deutlicher zeigen sie ihr wahres Gesicht.

#Pascal

Ja, das ist wirklich höchst ironisch. Das kommt von den Leuten, die uns erzählen, sie seien da, um die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit und so weiter zu schützen. Aber das ist die Welt, in der wir leben, und wir müssen uns mit der Realität auseinandersetzen, nicht mit einer Märchenwelt. Juan Branco, vielen Dank, dass Sie Nathalie – und damit indirekt uns alle – verteidigen, denn das ist ein Kampf für die Rechte aller. Gibt es einen Ort, an dem Sie Nachrichten oder Ihre Analysen veröffentlichen, die man lesen kann?

#Juan Branco

Ja, du kannst mir generell in den sozialen Netzwerken folgen. Ich versuche, Informationen darüber zu teilen, wie sich diese Situationen entwickeln und wie wir, mit anderen Worten, für eine bessere Welt kämpfen.

#Pascal

Alle zusammen, bitte versucht, Juan Branco auf X (früher Twitter) und auf anderen Social-Media-Plattformen zu finden. Ich werde die Links unten in der Beschreibung einfügen. Juan Branco, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

#Juan Branco

Vielen Dank, dass Sie mir den Gefallen getan haben.